Wachstumswende und die Arbeit am Sozialen

Susanne Elsen
Freie Universität Bozen

Abstract

Wir erleben derzeit die Kumulation ökonomischer, sozialer und ökologischer Problemszenarien, die nachhaltige Alternativen zum dominanten Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zur Überlebensfrage machen, denn die Existenzbedingungen lebender und zukünftiger Generationen stehen zur Disposition. Der Kapitalismus zeigt sich zu seiner Endzeit ebenso wie zu seinem Beginn von seiner hässlichsten Seite, einer extremen sozialen und ökologischen Verantwortungslosigkeit und einer einzigartigen Erpressung der Gesellschaften. Was wir brauchen sind Alternativen, vor allem aber Alternativen zu der Vorstellung, dass es keine Alternativen zu den Zerstörungen gebe, die die Interessen der Großindustrie, der Finanzwirtschaft und der neoliberalen Politik weltweit verursachen.

Es geht um reale Utopien, die Vorstellungen von einer lebenswerteren Gesellschaft mit konkreter alternativer Praxis verbinden. Solche Vorstellungen sind als lebensdienliche Gegenentwürfe realistischer als das, was als reale Sachzwänge der Ökonomie oder als Realpolitik vermittelt wird. Lange überkommene Vorstellungen, z.B. dass Wachstum Wohlstand erzeuge, sind die eigentlichen Illusionen. „[…] was Utopismus ist, ist Realismus – utopisches Handeln bzw. eine utopische Handlungsmaxime sind insofern realistisch, als sie davon ausgehen, so wie jetzt können wir einfach nicht weitermachen, und es muss einen fundamentalen Wandel geben, und zwar keinen Wandel […] im Kontext bestehender Praktiken, sondern […] eine Veränderung des Rahmens selber, der Praktiken selber“ (Welzer, 2012, S.42). Diese Beitrag stellt aktuelle Gegenentwürfe in den Kontext der ökosozialen Transformation.

Part of
Elsen, S. & Aluffi Pentini, A. (Eds.). (2013). *Gesellschaftlicher Aufbruch, reale Utopien und die Arbeit am Sozialen*. bu,press.
https://doi.org/10.13124/9788860461049

CC BY-SA

1. Gesellschaftlicher Abbruch und ökosozialer Aufbruch

Formen des Wirtschaftens und Lebens, die noch vor kurzer Zeit utopisch anmuteten werden diskutiert und erprobt. Utopien gibt es nicht nur in der Literatur, sondern im gelebten Alltag, in Diskursen und innovativen Gegenentwürfen. Sie haben mehr oder weniger utopische Züge. Weltweit können wir beobachten, dass sich Menschen auf gesellschaftlich Verantwortbares und Wünschenswertes besinnen, auf die Verteidigung sozialer Rechte und auf neue Formen des selbst bestimmten Lebens und Zusammenlebens sowie des ökosozialen Wirtschaftens. Die Herausbildung neuer Solidarsysteme und die Hinwendung zu Eigenproduktivität gelten als aktuelle gesellschaftliche Megatrends. Die Freude am Selbermachen, an neuen Gemeinschaftsformen und am Experimentieren mit Dingen, Arbeits- und Lebensformen tritt in vielfältigen Formen an die Öffentlichkeit und findet den Weg in gesellschaftliche Diskurse (Müller, Baier & Werner, 2007). Diese experimentelle, bunte und junge Bewegung der Eigenproduktivität suggeriert selbst gewählte Veränderungen persönlicher Präferenzen. Postmaterielle Motive aber auch ein bewusster Ausstieg aus den Abhängigkeiten von Angeboten des Marktes scheinen den Kern eines Paradigmenwandels hin zur Wachstumswende zu bilden (Plöger, 2011). Aus sozialpolitischer und umweltpolitischer Perspektive ist dieser Trend eine bemerkenswerte Entwicklung. Er darf jedoch nicht einseitig als reflexive postmaterielle Orientierung interpretiert werden, denn zunehmend gesellen sich zu den ökosozialen Experimenten derer, die sie bewusst als Alternative zu anderen Optionen wählen neue produktive Praktiken, die als Antworten auf reine Not und Alternativlosigkeit verstanden werden müssen.

Die rasante Zerstörung sozialer Sicherheiten und sozialökonomischer Lebensgrundlagen erzeugt andere Dynamiken und die Akteure sind andere als die, von denen im Kontext des reflexiven ökosozialen Umbruchs die Rede ist, auch wenn die Handlungsfelder und -formen, zum Beispiel eine Besinnung auf Subsistenzwirtschaft, die gleichen zu sein scheinen. Motive derer, die mangels Alternative eine ökosoziale Variante wählen, sind nicht zuletzt überwunden geglaubte soziale Unsicherheiten. „Molti giovani (oltre 30.000 negli ultimi anni) hanno lasciato la città per trasferirsi in campagna. Il ritorno

all'agricoltura è certamente un segno della crisi economica" (Leone, 2012). Die Statistiken zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit vom Oktober 2012 sind erschreckend: Die Jugendarbeitslosigkeit (15–24 Jährige) in Italien liegt bei 36,5, in Spanien bei 55,9 und in Griechenland bei 57 % (Cillis, 2012). Nicht nur in Griechenland, Süditalien und Spanien, sondern auch in peripheren Regionen Deutschlands kehren junge, akademisch ausgebildete Menschen nicht nur freiwillig zurück in ihre Herkunftsgebiete, um sich dort mit landwirtschaftlicher Produktion eine Subsistenzgrundlage zu schaffen. Solche Rückzugsmöglichkeiten sind als Privileg derer zu betrachten, die über wenn auch bescheidene Grundlagen der Subsistenz verfügen, ein Privileg, welches die Mehrheit der von Erwerbsarbeit oder Sozialsystemen abhängigen Bevölkerung nicht hat. Der Bedeutungszuwachs der Eigenproduktion verdeutlicht jedoch den Stellenwert der Verteidigung und (Wieder-) Aneignung von Gemeingütern und Handlungsoptionen für die Mehrheit der Bevölkerung.

Unter dem Druck der Deindustrialisierung und der Verschärfung der Verwertungsbedingungen auf den globalisierten Arbeitsmärkten, neuen sozialen Unsicherheiten und der Prekarisierung der Erwerbsarbeit, entstehen auch andere Überlebensökonomien, z.B. Mitarbeiterbetriebe, die aufgegebene Produktionsstätten in Selbstverwaltung weiterführen. Die Akteure haben die Anfälligkeit und Krisenhaftigkeit des globalisierten Wirtschaftssystems und ihre existenzielle Abhängigkeit von wirtschaftlichen Strukturen erlebt, auf die sie selber keinen Einfluss haben. Alternativ- und Komplementär-ökonomien suchen Wege der Existenzsicherung jenseits der Abhängigkeit von unbeeinflussbaren Systemen und verweisen auf ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell jenseits von Wachstum und großindustrieller Produktion.

Die neoliberale Enteignungsökonomie und die ökosozialen Zerstörungen bewirken gerade im Bereich der Verteidigung der Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Wissen, öffentliche Einrichtungen etc.) weltweit konkrete Alternativen zur Abhängigkeit von den globalen Märkten. Neue ökosoziale Wirtschaftsformen, das breite Spektrum der als Solidarökonomie bezeichneten Praktiken, z.B. genossenschaftliche Ökonomien, Zeitbanken und Gemeinschaftsnutzungen lassen sich mit dieser Dynamik ebenso erklären wie die aktuellen Bewegungen, Diskurse und Strategien zur Wiederaneignung der

Commons (Gemeingüter). Die Akteure dieser Bewegungen sind Teil der globalen Zivilgesellschaft und eine kulturelle Kraft, die die Bedürfnisse des Lebens und Zusammenlebens gegenüber den Interessen des Marktes und den politischen Systemen verteidigt. Die stärkste Bewegung ist ohne Zweifel die der Wiedergewinnung von Grundlagen zur Subsistenz in der Stadt, insbesondere die der urbanen Landwirtschaft (z.B. Urban Agriculture). Die sozialen Bewegungen und die Prozesse der Aneignung und eigenständigen Bewirtschaftung sind zu erkennen als Ansätze der Rückbettung ökonomischen Handelns in gesellschaftliche Zusammenhänge und eben dies trifft den Kern der ökosozialen Transformation.

2. Überlegungen zur Arbeit am Sozialen vor dem Hintergrund der Wachstumswende

Als Vertreterinnen und Vertreter der Arbeit am Sozialen können wir die Augen nicht verschließen vor den neuen Erfordernissen der Sicherung der Lebensgrundlagen und des Zugangs zu Ressourcen insbesondere für jene, die nicht über die ausreichende Marktmacht verfügen. Gleichzeitig müssen wir erkennen, dass nicht nur die bereits heute benachteiligten Menschen und Gemeinwesen neue Antworten auf soziale und ökologische Problemlagen und Zukunftserfordernisse brauchen. Die gesellschaftlichen und ökologischen Katastrophen treffen die Menschen und Regionen am stärksten, die am verwundbarsten sind. Doch ökonomische und ökologische Krisen und ihre sozialen Folgen weiten sich auch auf reiche Regionen und Bevölkerungsgruppen aus, wie die Folgen der Finanzkrise in Europa zeigt.
Armut, Unterversorgung und extreme soziale Ungleichheit sind die stärksten Hindernisse zukunftsfähiger Entwicklung. Sie sind, so der ehemalige UNEP-Direktor Klaus Töpfer, das schlimmste Umweltgift (Zahrnt, 2003, S. 39 ff.). Die OECD stellte in einer internationalen Vergleichsstudie 2008 fest, dass trotz des enormen wirtschaftlichen Wachstums die Ungleichheit der Einkommen und die Armut zugenommen hätten. Bereits in der Definition von 1987 beinhaltet das Konzept Nachhaltigkeit das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Verantwortung der Industrie- und Entwicklungsländer für eine sozial und

ökologisch zukunftsfähige Entwicklung. Der „Erdgipfel“ von Rio de Janeiro 1992 konkretisierte die globalen Entwicklungsziele in der „Agenda 21“ und den „Rio-Prinzipien“: „Make poverty history, make conflicts and wars history, make environment distruction history, make human abuse history“ (ebd.). Auch der Entwicklungsbericht der Weltbank von 2006 belegt, in welchem Maße ungleiche Chancenverteilungen nachhaltige Entwicklung und Armutsverringerung behindern (Weltentwicklungsbericht 2006) und kommt zu dem Schluss, dass die Bekämpfung von Armut, das Streben nach Chancengleichheit, ökologische Nachhaltigkeit und die Verfolgung wirtschaftlichen Wohlstands komplementäre Ziele werden müssen.

Angesichts der bereits eingetretenen und bevorstehenden Ressourcenknappheiten z.B. der Wasserversorgung in China, des Zugangs zu Boden in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas sowie der katastrophalen Folgen des Klimawandels stellt sich die Frage des Rechts auf Leben verbunden mit den nötigen Voraussetzungen neu. Der Sozialstaat selber als verbriefter Rechtsanspruch auf solidarische Hilfe war und ist eine reale Utopie. Die Weiterentwicklung der Menschenrechtsarbeit muss die aktuellen Arenen der Überlebensrechte integrieren. Dabei ist davon auszugehen, dass die Ressourcenknappheiten und die existenzielle Abhängigkeit der wachsenden Weltbevölkerung die Begehrlichkeiten der globalen Märkte und der Finanzwirtschaft weiter schüren und ihre Praxis der globalen Enteignung von Menschen und Gemeinwesen verschärfen werden. Die Verteidigung von Lebens- und Menschenrechten in Verbindung mit der Frage des Zugangs zu den nötigen Lebensgrundlagen steht im Kampf gegen übermächtige Interessen und erfordert Verbündete in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Die Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen in Ansätze der aktiven ökosozialen Transformation, insbesondere solcher, die als sozial randständig zu betrachten sind, ist eine Bedingung, ohne die viele gesellschaftliche Fragen nicht angegangen werden können. Dies aber erfordert eine Ausweitung von Handlungsoptionen und einen Paradigmenwandel von einer reaktiven und individualisierenden, hin zu einer gestaltenden und kooperativen Sozialpolitik und Sozialen Arbeit, die gesellschaftliche Erfordernisse und veränderte Normalitätsvorstellungen zum Ausgangspunkt nimmt. Der Grundfähigkeitsansatz, der von Martha Nussbaum als wesentliche

Begründung für einen neuen Begriff des Wohlergehens formuliert wurde, ist als Basis für eine zukunftsfähige (Welt-) Sozialpolitik und die Herausbildung einer ökosozialen Gesellschaft zu betrachten (Nussbaum 1999). Der erste Schritt hin zu einer solchen gestaltenden Sozialpolitik und Sozialen Arbeit bestünde in einem Ende der Diffamierungen strukturell Ausgegrenzter[1] und in der Eröffnung von Möglichkeiten der produktiven Teilhabe. Überlegungen zu einer bedingungslosen Grundsicherung sind notwendig, aber nicht ausreichend um dem näher zu kommen. Eine weitere Voraussetzung besteht in demokratischen Organisationsformen, die Reziprozität, Vertrauen und Verantwortungsübernahme für gemeinsame Belange im Gemeinwesen erleichtern. Wesentlich ist ein Klima der Ermöglichung und der sozialen Innovation, welches Gestaltungswillen und bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme nicht nur rhetorisch propagiert. Lokale Räume könnten zu Entwicklungslaboren möglicher Zukünfte werden.

Dezentralisierte, demokratische Organisationsformen und Entscheidungsverfahren sowie neue institutionelle Arrangements auf lokaler Ebene sind die Basis ökosozialer Innovationsprozesse. Die Idee des lokalen und partizipativen Staates wird in verschiedenen europäischen Städten erprobt. In Italien sind Kommunen, die diese Idee lokaler Demokratie verfolgen, im Netz „Nuovo Municipio“ verbunden (Herzberg, 2009, S. 186). Experimentelle Formen der partizipativen Planung und Entscheidung werden auf Quartiersebene erprobt. Themen sind z.B. Grünflächen, Jugend, Mobilität, Kultur, Straßen und Wege etc.,. Die materielle und organisatorische Grundlage bilden Bürgerhaushalte, themenzentrierte Arbeitsgruppen, Vereine und Genossenschaften der zivilen Selbstorganisation oder Multiakteurskonstellationen (cooperative di comunità).

Lokalisierung und neue Subsidiarität sind Leitlinien nachhaltiger Entwicklung, da sie integrative Handlungsansätze, Handlungsfolgenabschätzung und Ressourceneffizienz sowie lokal-regionale Wertschöpfung gewährleisten. Die Stärkung der lokal-regionalen Ebene, die Lebensnähe ermöglicht, ist jedoch zwingend in einem Modell der politischen Steuerung und Verteilung auf mehreren Niveaus, bis hin zur globalen Ebene zu denken. In einer Welt

1 In Deutschland werden sozialpolitische Programme seit vielen Jahren von der Arbeitgeberseite formuliert und vom Sprecher der Arbeitgeberlobby Dieter Hundt verkündet.

der entgrenzten Ökonomie können ökologische, soziale und politische Interessen nicht auf nationale, regionale oder lokale Ebenen begrenzt werden. Insofern sind Ansätze des Community Development, die angesichts der kumulierenden Krise an Bedeutung gewinnen, dann mit Skepsis zu betrachten, wenn sie als Ausfallbürge für staatliche Steuerung und Umverteilung instrumentalisiert werden und wenn nicht auch die nötige Zuweisung von Kompetenzen und Mitteln an die untere Ebene erfolgt, auf der sich die gesellschaftlichen Probleme in Form von Armut, Arbeitslosigkeit, gesellschaftlicher Spaltung etc. niederschlagen.

3. Ökosoziale Transformation und Postwachstumsgesellschaft

„Die zivilisatorisch-technologisch-ökonomische Materialschlacht nähert sich wohl ihrem Ende. Diese Materialschlacht, die im 18. Jahrhundert begonnen hat, verbindet menschliche Maßlosigkeit mit Materialismus und Technologiebesessenheit, aber auch mit der Forderung nach wirtschaftlichem Wachstum“ (Ruh, 2011, S. 126). Das westliche Entwicklungsmodell ist abhängig von ständigem Wirtschaftswachstum, was sich in einer Welt begrenzter Ressourcen und Aufnahmemöglichkeiten als unmöglich erweist, zumal die Entwicklungs- und Transformationsländer heute dem Weg folgen, den wir ihnen gewiesen haben. Nicht nur die für das westliche Entwicklungsmodell notwendigen Ressourcen werden knapp und die Grenzen der Belastbarkeit der Biosphäre (carrying capacity) sind bereits heute überschritten, sondern das gesamte Wirtschafts- und Zivilisationsmodell steht in Frage. Fest steht, dass nahezu alle Säulen der industriellen Moderne, insbesondere Wirtschaftswachstum als Versprechen des stetig wachsenden Wohlstandes, der sozialen Sicherheit und gesellschaftlichen Entwicklung, massiv ins Wanken geraten oder gar bereits eingebrochen sind. Doch Wohlstand wird immer noch mit Wachstum gleichgesetzt und ein hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP)gilt als Maßstab für die Wohlfahrt einer Volkswirtschaft. Das BIP berücksichtigt jedoch die Bereiche nicht, die für eine nachhaltige Entwicklung von zentraler Bedeutung sind, so z.B. die Verteilung

des materiellen Reichtums und die informellen, nicht marktförmigen Ökonomien, die in allen Ländern der Welt zwischen 40 und 60 % der Wertschöpfung erbringen. Die Leistungen der Natur als Rohstofflieferantin und Aufnahmemedium von Schadstoffen werden ignoriert und systembedingte Katastrophen schlagen rechnerisch positiv zu Buche. Doch nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch die Regenerationsfähigkeit des Ökosystems ist durch die zunehmende Industrialisierung der Weltwirtschaft und der Landwirtschaft gefährdet.

Das Unbehagen an den immer deutlicher werdenden Begleiterscheinungen des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist nicht neu.[2] Bemerkenswert ist die von der französischen Regierung 2008 beauftragte Kommission zur Messung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt unter Leitung von Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean Paul Fitoussi. Stiglitz kommentiert den Auftrag: „Es geht um nichts Geringeres als darum, das grundlegende Fortschrittsparadigma für Völker und Staaten zu verändern, weg von der Produktion und hin zu einem auf gerechter Verteilung und Nachhaltigkeit beruhenden Wohlergehen“ (The Measurment of Economic Performance and Social Progress 2009). Im Bericht dieser Kommission finden Ansätze, die zuvor bereits aus der Position der Wohlfahrtsökonomie von Amartya Sen und Martha Nussbaum als Grundlage für den „Human Development Index“ der UNO entwickelt wurden.

Die aktuellen Ansätze zur Neudefinition gesellschaftlicher Wohlfahrt fallen zeitlich mit den immer deutlicher werdenden systemimmanenten Krisen zusammen. Die beiden zentralen Aspekte des Marktversagens – Naturmissachtung und soziale Gleichgültigkeit – stärken weltweit die gesellschaftlichen Strömungen, die alternative Vorstellungen von Wohlfahrt und einem guten Leben vertreten. Begriffe wie postmoderne und postindustrielle Gesellschaft haben nur einen vagen Erklärungswert hinsichtlich dessen, was nicht mehr sein wird, nicht aber, was an seine Stelle

2 William Nordhaus und John Cobb entwickelten Anfang der 1970er Jahre den alternativen Index „Measure of Economic Welfare“ (MEW) der von John Cobb und Herman E. Daly Ende der 1980 Jahre zum „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) weiter entwickelt wurde. Neben der Einkommensverteilung und der Berücksichtigung der unbezahlten Hausarbeit, bringt der Index die sozialen und ökologischen Kosten und die Verschlechterung der Lebens- und Umweltqualität in Abzug.

treten wird. Deutlicher ist der Begriff, der sich derzeit zögerlich aus der kritischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaft aber auch aus vielfältigen realen Gegenentwürfen zur industriellen Moderne in den öffentlichen Diskurs bewegt, der Begriff „Postwachstumsgesellschaft", (Seidl & Zahrnt, 2010) der auf objektive Grenzen verweist. Die Tatsache, dass wirtschaftliches Wachstum nicht die Lösung, sondern das Problem ist, setzt alle gesellschaftlichen Bereiche in einen radikal veränderten Bezugsrahmen. Gleichzeitig verdeutlicht der Begriff „Postwachstumsgesellschaft" die Erfordernisse weit reichender ökosozialer Transformationsprozesse die sich auf grundsätzliche Vorstellungen vom Leben, auf gesellschaftliche Institutionen und soziale Praktiken bezieht. „Damit ist eine Perspektive der Endlichkeit in den linearen Fortschritt eingezogen, die dem modernen Denken fremd, geradezu ungeheuerlich ist. Risiken wandeln sich zurück in Gefahren. Nicht nur die Rohstoffe sind endlich, mit ihnen könnten die großen Errungenschaften der westlichen Moderne zur Neige gehen, als da sind: Marktwirtschaft, Zivilgesellschaft und Demokratie." (Leggewie & Welzer, 2009, S. 10). Der Klimawandel ist ein Ausblick auf künftige Lebensverhältnisse und erfordert einen Kulturwandel.

In seiner 1999 veröffentlichten Schrift entfaltet Herman Daly die Idee der Postwachstumsgesellschaft und der Ökonomie der Wachstumsrücknahme. Daly plädiert für Wachstumsrücknahme, da dem wirtschaftlichen Wachstum immer größere Umwelteinbußen, kulturelle und soziale Schäden gegenüberstünden (vgl. Latouche, 2003, S. 3). Die Ökonomie der Wachstumsrücknahme geht aus von einer Reduktion künstlicher Bedürfnisse, der Herstellung gerechter Verteilung und einer effektiveren Ressourcennutzung. Dies bedeutet jedoch nach Daly keine Mangelwirtschaft.

Die Einleitung einer erneuten „großen Transformation" mit ökosozialen Vorzeichen ist das dringende Gebot des 21. Jahrhunderts. Wenn wir von gesellschaftlicher Transformation sprechen, dann verstehen wir darunter einen intentionalen Prozess geplanter Veränderungen gesellschaftlicher Institutionen und Praktiken, die als unzureichend oder schlecht geregelt empfunden werden. Ökosoziale Transformation meint eine bewusste Umkehrung dessen, was Karl Polanyi 1944 in seinem wirtschaftshistorischen Werk „The Great Transformation" als Charakteristikum der kapitalistischen

Moderne beschrieben hat, die Entbettung des wirtschaftlichen Systems aus seinen gesellschaftlichen und natürlichen Einbindungen und die sukzessive Umkehr in Form der Herausbildung eines Wirtschaftssystems, welches Natur und Gesellschaft vollständig seiner Verwertungslogik unterwirft.
Ansätze der ökosozialen Transformation verfolgen die Einbettung wirtschaftlicher Aktivitäten in ökologische und gesellschaftliche Zusammenhänge (Elsen, 1998 & 2007). Die Eigenproduktivität der Natur findet dabei Beachtung und die Biosphäre wird nicht nur als Lebensgrundlage der Menschen betrachtet. Bedeutend ist für Ansätze der ökosozialen Transformation die Aufhebung der destruktiven Trennungslogik des Kapitalismus, nämlich der Trennung individueller und kollektiver Belange, der Trennung des Wirtschaftssystems aus seiner Einbettung in Gesellschaft und Biosphäre, der trennenden Externalisierung ökologischer und sozialer Lasten und der Privatisierung der Gewinne sowie der Separierung sozialer Belange in einem gesonderten Bereich, der keine Verbindung zu sozialproduktivem Handeln ermöglicht und dabei die Anspruchsberechtigten diskriminiert. Auch die Trennung lebensweltlicher Belange und Verhaltensweisen von so genannten „wirtschaftlichen Sachzwängen", bis hin zu Haltungen und Verhalten der Akteure ist Teil des destruktiven Systems.

4. Gemeinwesen als Kontext der Integration

Integration, die Rücknahme funktionaler Differenzierungen und multifunktionale institutionelle Arrangements sind Alternativen zu den Trennungslogiken der kapitalistischen Moderne. Ökosoziale Ansätze basieren auf hybriden Organisationsformen, die verschiedene gesellschaftliche Ziele verbinden und an die Stelle eines „entweder – oder", ein „sowohl – als auch" setzen. Genossenschaften sind beispielsweise soziale und wirtschaftliche Institutionen. Engagement in der Urbanen Landwirtschaft oder in einer Zeitbank ist Engagement in eigener und in gemeinsamer Sache und verbindet kulturelle, ökologische, ökonomische und soziale Effekte.
Integrierte Antworten auf sozialpolitische Entwicklungserfordernisse verknüpfen das Recht auf soziale Sicherung und die Option der sozialpro-

duktiven Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Beispiele sind Seniorengenossenschaften, die in Verbindung mit Zeitbanken neue Solidar- und Reziprozitätsformen schaffen und bürgerschaftliches Engagement in eigener und gemeinsamer Sache produktiv machen. Ein weiteres Beispiel ist die Gemeinwesen basierte Bewirtschaftung von Gemeingütern in Form einer Gemeindegenossenschaft, die aktive Teilhabemöglichkeiten erschließt. Sie löst gleichzeitig ein drängendes ökologisches und ökonomisches Gegenwarts- und Zukunftsproblem. Ein Beispiel aus der Umweltpolitik, verbunden mit sozialen und demokratisierenden Effekten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich, sind Energiegenossenschaften, die in kooperativer Selbstorganisation Kontrolle über die Einspeisung, die Preise und die Gewinnverwendung im Energiebereich gewährleisten.

Aktivitäten auf der Ebene lokaler Gemeinwesen können nationale und globale Dynamiken zwar nicht außer Kraft setzen (Herzberg, 2009, S. 218), doch sind sie in ihrer Bedeutung auch in Bezug auf Prozesse der ökosozialen Transformation mit größerer als nur lokaler Reichweite nicht zu unterschätzen. Lokale und regionale Lebensräume ermöglichen die umfassende Gestaltung in all den Wirkungsbereichen, die örtlich verankert sind. Der Raumbezug hebt die Trennung der sozialen, ökologischen und ökonomischen Sphären potenziell auf und ermöglicht integrierte Handlungsansätze sowie Lernen für eine ökosoziale Zukunft. Lokales Agieren, z.B. in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Verteidigung von Naturressourcen und Handlungsoptionen kann globale Reichweite[3] erzielen. Die Perspektive über die lokale Operationsebene hinaus ist im Konzept Nachhaltigkeit angelegt. Lokale Entwicklung fördert auch die Herausbildung neuartiger lokal-globaler Institutionen in der Weltgesellschaft sowie Transformationsprozesse innerhalb und zwischen Institutionen und gesellschaftlicher Umwelt (Wobbe, 2000).

Der Begriff „Gemeinwesen" impliziert einen Gegenentwurf zum Menschen- und Gesellschaftsbild der orthodoxen Marktwirtschaft, ihren Rationalitätskriterien und Koordinationsprinzipien (Elsen, 2007, S. 57–78) aber

3 Der Kampf gegen die Patentierung des Saatgutes und zur Erhaltung des „Landwirteprivilegs" verbindet Bauern weltweit. Bemerkenswert ist die Rede von Vandana Shiva im Bayerischen Rosenheim, wo sie 2008 vor bäuerlicher Bevölkerung und Traditonsvereinen zu diesem Thema sprach.

auch zu einem Staatsverständnis, welches sich auf Wettbewerbs- und Wachstumsförderung sowie Kontrolle und Verwaltung der Bürgerbelange beschränkt. Viel stärker als bisher ist im Kontext der Arbeit am Sozialen das lokale Gemeinwesen als Ort aktiver Teilhabe und Integration, kollektiver Selbstorganisation und nachhaltiger Entwicklung zu betrachten. Ökosoziale Selbstorganisation birgt Lebensmöglichkeiten, welche die Gesellschaften angesichts schwieriger Zukunftsfragen dringend brauchen werden. Optionen eigenständiger Entwicklung sind auch mit Hilfe sozialpolitischer Instrumente herzustellen und zu gestalten.

Professionelle Arbeit am Sozialen müsste heute die ökosozialen Entwicklungserfordernisse einerseits und die Förderung der grundlegenden Fähigkeiten (Capabilities) und Tätigkeiten von Menschen andererseits zum Ausgangspunkt nehmen. Die gesamte Struktur des Gemeinwesens müsste auf diese beiden Eckpunkte hin entwickelt werden. Von zentraler Bedeutung ist die Stärkung der Organisations- und Bewältigungsfähigkeiten von Menschen und die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen für ökosoziale Aktivitäten. Dies beinhaltet auch die existenzielle Absicherung. Die Bündelung der Kräfte zu gemeinsamem produktiven Handeln bringt Gemeinwesen neu hervor. Gestaltender Sozialpolitik und Sozialer Arbeit im Gemeinwesen kämen die Aufgaben zu, Optionen zu erschließen und insbesondere mit benachteiligten und verwundbaren Gruppierungen sozialproduktiv zu nutzen. Soziale Experimente sind angesichts einer höchst unsicheren Zukunft Labore für die Erprobung von Politiken der Möglichkeiten.

5. Gemeinwesenökonomie und ökosoziale Transformation

Im Zentrum der ökosozialen Transformationserfordernisse steht die Rückbettung wirtschaftlicher Handlungsvollzüge in den gesellschaftlichen Zusammenhang. Ökosoziale Entwicklung wirft dabei die Frage nach einer Logik eingebundenen Wirtschaftens auf, welches der Erhaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Evolutionsfähigkeit dient. Aus dieser Perspektive ist Wirtschaften von den Bedürfnissen der Menschen, des Gemeinwesens und der Biosphäre aus zu denken. Die (Re-) Produktion und

Bewirtschaftung des Gemeinwesens ist Kontext, Ziel und Grundlage der vielfältigen Formen der Gemeinwesenökonomie, die Subsistenzwirtschaft, Familienökonomien, Tauschwirtschaft, Gemeinschaftsnutzung, Kooperativen, sozialökonomische Netzwerke und eingebundene Marktunternehmen umfasst. Der Begriff Gemeinwesenökonomie bezieht sich auf das „gemeine Eigene" (Gemeingüter) und das Gemeinwohl. Er impliziert einen pluralen Eigentumsbegriff und demokratische Formen der Steuerung. Wirtschaften ist ein zentraler Aspekt des Zusammenlebens im Gemeinwesen.
Gemeinwesenökonomien (Elsen, 1997) bewirken Rückbettungen ökonomischer Handlungsvollzüge in territoriale und soziale Zusammenhänge, Lokalisierung und Pluralisierung ökonomischen Handelns, die erhaltende Bewirtschaftung von Lebensgrundlagen sowie die Teilhabe verwundbarer Gruppen und ganzer Weltregionen (Elsen, 2011). Es geht immer auch um die kollektive Produktion von Wissen, die Reduzierung von Abhängigkeiten und die Aneignung und Schaffung von Voraussetzungen für menschliches und soziales Gedeihen (Wright, 2010. S. 11). Dieser Prozess ist von eminenter politischer Bedeutung. Er ist verbunden mit der Herausbildung neuer institutioneller Arrangements und einer neuen Gewichtung des Verhältnisses von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.
Im Folgenden stelle ich fünf Ansätze der Gemeinwesenökonomie in den Kontext der aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Wachstumswende und reflektiere ihr Potenzial für eine eigenständige lokal-regionale Entwicklung. Sie haben als lokal-regional spezifische Ausprägungen universelle Gültigkeit mit dem Ziel der Stärkung der unteren Arena des Lebens, Produzierens und Zusammenlebens.

1. Genossenschaften als Organisationsmodelle der Postwachstumsgesellschaft
2. (Wieder-)aneignung und community-basierte Bewirtschaftung von Commons
3. Erschließung und Entfaltung von Ansätzen neuer Subsistenz
4. Neue Solidarsysteme für die veränderte Demographie
5. Gemeinwohlökonomie als ökosoziale Einbettung von Unternehmen

Die Ansätze sind nicht neu und für alle lassen sich historische Wurzeln nachweisen, die mit der Entfaltung des Kapitalismus zum Verschwinden gebracht wurden, da sie Gegenentwürfe zur dominanten sozial und ökologisch entbetteten und verantwortungslosen Form des Wirtschaftens darstellen. Sie sind heute, vor dem Hintergrund der Erfordernisse und Möglichkeiten der Postwachstumsgesellschaft, neu zu bewerten und als Beiträge zur Lebenssicherung zu entfalten.
Bei Weitem sind diese Ansätze jedoch nicht ausreichend für die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft und sie sind stets gegen die Versuche der Instrumentalisierung und weiteren Enteignung von Menschen und Gemeinwesen zu erwirken und zu verteidigen. Alle Ansätze sind aber Bausteine und Konkretisierungen eines Gesellschaftsentwurfes, in dem die demokratische Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger über ihre Belange, der freie Zugang zu Gemeingütern, solidarische Ökonomien und eine gesicherte Existenzgrundlage zentrale Säulen sind. Dies wäre eine zeitgemäße Weiterentwicklung eines ermöglichenden Sozialstaates mit starken zivilgesellschaftlichen Verankerungen.

6. Genossenschaften als Organisationsmodelle der Postwachstumsgesellschaft

Die Gründung von Genossenschaften vollzog sich stets verstärkt als Reaktion auf die Wahrnehmung von Wirtschaftskrisen (Schwendter, 1986). Betrachtet man die Bereiche, in denen sich die aktuellen Gründungen vollziehen, zeigt sich jedoch eine neue Dimension der Kumulation gesellschaftlicher Unsicherheiten und Bedrohungen sowie eines hohen Transformationsdrucks. Es geht um Zugang zu Krediten für kleine Unternehmen unter den Bedingungen der Finanzkrise, um Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Diensten unter Bedingungen des sozialstaatlichen Abbaus, um Zugang zu Einrichtungen der Daseinsvorsorge, insbesondere Lebensgütern (z.B. Wasser) unter Bedingungen der Privatisierung sowie um eine gesicherte Versorgung der lokalen Bevölkerung in weitgehender Eigenständigkeit und unabhängig von den Unsicherheiten des Weltmarktes (Campbell et al., 2007). Einen starken Impuls

erfährt die neue Welle der genossenschaftlichen Selbstorganisation durch das wachsende Bewusstsein der Zivilgesellschaft für die überlebensnotwendige ökosoziale Transformation zur Bewältigung des Klimawandels und der bevorstehenden Knappheit an lebenswichtigen Ressourcen (Dobkowski & Wallimann, 2002 & 2004). Genossenschaften eignen sich als Vorreiter einer anderen Modernisierung, die nicht von Kapital- und Wachstumsinteressen, sondern von der Verantwortung für die Erhaltung der Gesellschaften und ihrer Lebensgrundlagen dominiert wird.

Sie erwiesen sich in der Geschichte und sie erweisen sich heute in vielen Weltregionen als Organisationsformen der ökosozialen Transformation und Entwicklung. Als soziale und ökonomische Gemeinschaftsformen entstehen sie nicht ohne Grund weltweit neu. Ihr besonderes Potential liegt in der Mischung von Kultur- und Strukturelementen verschiedener gesellschaftlicher Handlungslogiken und der Herausbildung sozial eingebundener und bedarfsspezifischer Lösungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Ihr Aktionsradius ist überwiegend lokal und regional, was sie für alle Ansätze nachhaltiger Entwicklung interessant macht. Aus diesem Grund sind sie gerade auch für die lokale und regionale Versorgung und die Bewirtschaftung von Gemeingütern geeignet.

In Italien (seit 1947) und in Bayern (seit 1946) genießt die Förderung von Genossenschaften Verfassungsrang. Nach Jahrzehnten des Siegeszuges der neoliberalen Ökonomie scheinen sie in Deutschland jedoch aus dem historischen Gedächtnis verschwunden. In der Krise besinnt man sich nun wieder auf diese klassische Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise. Das ökonomische Potential der Genossenschaft liegt in der Möglichkeit der Bündelung von Kräften, der tendenziellen Ausschaltung des Marktes durch die Mitgliederwirtschaft und das Identitätsprinzip. Wertschöpfung und Wertverteilung folgen der Zweckbestimmung, die von den Mitgliedern definiert wird, und sie sind nicht dominiert von Investoreninteressen. Genossenschaften können auch demokratische Organisationsmodelle für die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Belange im Rahmen lokaler und regional vernetzter Demokratien sein. Ihre aktuellen Neuentwicklungen sind nicht zu verstehen als Rückfall vor die Moderne, sondern als Vorgriff auf Wege in eine andere Moderne (vgl. Pankoke, 2000, S. 189 f.).

Hermann Schulze-Delitzsch (*1808) ist der Ideengeber für genossenschaftliche Gründungen im Kleingewerbe sowie der Kooperationen kleiner Unternehmen, die sich durch ihre Zusammenarbeit im Markt stärken und über gegenseitige Unterstützungsleistungen stabilisieren. Diese Idee wurde in vielen Weltregionen umgesetzt und sie gewinnt ihre heutige Aktualität unter den Bedingungen des Wettbewerbs im Weltmarkt, der Marktkonzentration, der Finanz- und Kreditkrise sowie der Erfordernisse der Re-Lokalisierung wirtschaftlicher Schlüsselbereiche. Genossenschaftsgründungen im produzierenden Gewerbe können in Entwicklungs- und Transformationsländern den Schritt vom informellen Sektor in den Markt bahnen. In Industrieländern ermöglichen sie, insbesondere arbeitsintensive Bereiche für lokale Märkte zu erschließen oder lokales Wirtschaften synergetisch zu organisieren. Ein erfolgreiches Beispiel ist der schweizerische Kooperationsring WIR, der seit fast 100 Jahren erfolgreich agiert.

Die Idee Friedrich Wilhelm Raiffeisens (*1818) als Begründer von „Selbsthilfegenossenschaften“ mittelloser Menschen ist weltweit bekannt. Durch die Bündelung ihrer Kräfte als Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten, erreichen arme Menschen gemeinsam Ziele, die sie alleine nicht erreichen könnten. Diesen Hintergrund haben Produktiv- und Konsumgenossenschaften überall auf der Welt. Die Idee gewinnt heute an Aktualität für indigene Gruppen, die ihre traditionelle Produktionsweise erhalten und gegen Fremdinteressen schützen wollen ebenso wie für Produzentinnen und Produzenten in der biologischen Landwirtschaft in Industrie- und Transformationsländern. Auch lokale Kleinkreditbanken und Sparvereine realisieren heute weltweit die Ideen, die Raiffeisen vor mehr als 150 Jahren im Westerwald umsetzte.

Die „redlichen Pioniere von Rochdale“ begründeten 1844 sozialreformerische Genossenschaftsverbünde, die auf die Nöte und Bedürfnisse der Bewohner eines Gemeinwesens reagierten und in Formen wirtschaftlicher Kreisläufe gemeinwohlorientiert wirkten. Im Fall der Pioniere von Rochdale bildete eine Konsumgenossenschaft den Entwicklungskern für weitere Gründungen von Produktiv- und Wohnungsgenossenschaften und die Einrichtung von Schulen, Sport- und Kulturorganisationen. Dieses Modell könnte Pate stehen für die Verwendung der Erlöse einer gemeinwohlorientierten Organisation

der Commons in Form eines kooperativen Trusts. Einige der neuen Bürgergenossenschaften im Energiebereich arbeiten nach diesem Muster der Genossenschaften für die Gemeinwesenentwicklung. Sie erzeugen und vertreiben regenerative Energien, bestimmen den Preis und lassen den Gewinn den Nutzern und dem Gemeinwesen zu Gute kommen, indem sie einen „Sozial-Agio" abführen.

Wohnungsgenossenschaften entstanden Ende des 19. Jahrhunderts aus sozialpolitischen Erwägungen und Wohnungspolitik war Sozialpolitik bis in die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts. Wohnungsgenossenschaften stellten nicht nur bezahlbaren und langfristig nutzungsgebundenen Wohnraum für die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung, sondern sie waren auch immer Akteure der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung.[4] Unter den Bedingungen wachsender öffentlicher Armut und demographischer Veränderungen, (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2007) werden nun Wohnungsgenossenschaften in ihrer Bedeutung als Entwicklungsakteure des Gemeinwesens neu entdeckt.

Seit Erlass des Gesetzes zur Regelung von Sozialgenossenschaften 1991 (Luzzatti, 1992, S. 18 f.) in Italien sind zahlreiche Kooperativen im Gesundheits- und Sozialbereich oder Produktivgenossenschaften mit beschäftigungsorientierten und ökologischen Zielsetzungen entstanden. Sie arbeiten in der Landwirtschaft, im Handwerk, in Industrie und Handel. Im Verwaltungsrat der Kooperative müssen 30 % der Sitze von Angehörigen der benachteiligten Zielgruppen besetzt sein.[5] In den ersten zehn Jahren nach In-Kraft-Treten des Gesetzes Nr. 381/91 wurden ca. 6000 Genossenschaften mit sozialer Zielsetzung gegründet, in denen rund 147.000 Personen hauptamtlich tätig waren (Centrostudi Legacoop, 2006). Diese demokratischen Organisationsformen sind auch aus der Perspektive der Emanzipation benachteiligter Menschen in der Kultur der „Independent-Living-Bewegung" von Interesse, da sie Alternativen gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung darstellen. Spanien, Frankreich und Großbritannien fördern

4 Bemerkenswert z.B. die genossenschaftlichen Wohnbauten und ihre Infrastruktur in Wien

5 Als solche gelten Langzeitarbeitslose, Haftentlassene, Menschen in sozial benachteiligten Lebenssituationen, Psychiatrieerfahrene etc.

kooperative Gründungen und Übernahmen aus beschäftigungspolitischen Erwägungen (Raimbeau, 2007, S. 4 f.).

Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften sind in besonderer Weise geeignet, in ländlichen Strukturen sowie zwischen städtischen Gebieten und dem ländlichen Umfeld die Versorgung mit Lebensmitteln zu sichern. Sie gewährleisten ökologisch nachhaltige Produktion, was nach zahlreichen Lebensmittelskandalen auf wachsendes Interesse stößt. In der Vermarktung landwirtschaftlich produzierter Nahrungsmittel kommen 70 bis 80 % des Preises, den der Verbraucher zahlt, dem Einzel-, Zwischen- und Großhandel zugute. Die genossenschaftliche Organisation des Absatzes im regionalen Raum ermöglicht die Ausschaltung dieses Mittelabflusses, der insbesondere kleine Produzenten belastet. Direktvermarktung und lokale Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte gewinnen an Bedeutung. Die systematische Verknüpfung von Erzeugern, weiterverarbeitendem lokalen Handel und Verbrauchern kann eine wirksame Strategie zur Stärkung der lokalen und regionalen Ökonomie sein. Denkbar ist die Förderung durch regionale Komplementärwährungen oder das System der Community Supported Agriculture (CSA) (Elsen, 2007, S. 288 f.). Auf einer vergleichbaren Konstellation der Verbindung von Nachfragenden und Anbietenden basieren Assistenzgenossenschaften im Bereich der haushaltsnahen und personenbezogenen Dienstleistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen. Diese Formen werden für ein selbstbestimmtes Leben im Alter an Bedeutung gewinnen.

Gemeinwesenökonomische Verbünde binden im lokalen und regionalen Raum Unternehmen, Initiativen und Einzelakteure in ein strategisches und normatives Netz ein, um so den Prozess der ökosozialen Transformation und die Entwicklung von Alternativen vor Ort zu fördern. Die Transaktionen zwischen den Beteiligten und damit die lokal-regionale Wertschöpfung werden über Alternativwährungen und Kleinkredite gestärkt. Beispielhaft ist die Initiative ViaVia in Basel und die Regiostar-Initiative im Berchtesgadener Land.

Die Ziele und Entstehungskontexte dieser Gründungen machen deutlich, dass eine Bewertung nach den einseitigen Kriterien von Wirtschaftsprüfungen, auch von Genossenschaftsprüfungen, wie sie vom deutschen Verband der

Genossenschaftsbanken (DGRV, 2005) definiert werden, der Spezifik der kooperativen Wirtschaftskultur und den gesellschaftlichen Effekten nicht gerecht werden kann. Die französische „unions d´économie sociale“ regelt seit 1984 Umfang und Zweck der Genossenschaftsprüfungen in einer umfassenderen Weise und bewertet neben den wirtschaftlichen und mitgliederbezogenen-auch die gesellschaftlichen Effekte mit einer differenzierten Form der „gesellschaftlichen Bilanzierung“ (bilan sociétal). Die zentralen Fragen richten sich auf die soziale und ökologische Relevanz der kooperativen Unternehmen in der „Économie Sociale et Solidaire“ (Münkner, 2009, S. 271–285).

7. (Wieder-)aneignung und Bewirtschaftung von Commons

Mit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom im Jahr 2009 haben die ökosozialen und solidarökonomischen Bewegungen unerwarteten Rückenwind erhalten.[6] Elinor Ostrom war die bedeutendste Vertreterin des „Commons“ – Ansatzes. Die (Wieder-) Aneignung, Erhaltung und Bewirtschaftung der Commons (Gemeingüter), könnte die praktische Voraussetzung für ein solidarisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem schaffen (Henning, 2010, S. 42–45). Commons sind das gemeinsame natürliche und kulturelle Erbe einer (spezifischen) Gemeinschaft. Zu ihnen zählen nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, Wasser, Boden, Wälder, Fischgründe, Luft, Landschaften, Artenvielfalt etc., sondern auch soziale Organisationsformen wie öffentliche Räume, Daseinsvorsorge, Sozialversicherungssysteme, Gesetze und Vieles mehr. Zu den kulturellen Gemeingütern zählen Bildungs-, Wissens- und Kommunikationsformen, Sprache, Riten, Traditionen etc.. „Commons“ (das „gemeine Eigene“) sind die materielle und immaterielle Basis von Community (Gemeinwesen) (Elsen, 2007. S. 105 ff). Sie bilden die Grundlage produktiver, reproduktiver und kreativer Prozesse des Gemeinwesens.

Der gesicherte Zugang zu diesen Grundlagen für alle, unabhängig von ihrer Kaufkraft, ist von höchster sozialpolitischer Bedeutung und die erhaltende

6 Elinor Ostrom (gest. 2012) war Professorin für Politikwissenschaften an der Indiana University, Bloomington.

Bewirtschaftung lokal-regionaler Ressourcen ist eine Voraussetzung nachhaltiger ökologischer und ökonomischer Entwicklung. „Die Fragmentierung und Einzäunung unserer Umgebung haben die gewaltsame Loslösung von immer mehr Menschen aus dem Netz, das uns trägt, mit sich gebracht“ (Helfrich, 2009, S. 15). Die erhaltende Nutzung von Gemeingütern braucht sozialen Zusammenhalt und Bürgerinnen und Bürger, die ihre ökosozialen Rechte mit der Übernahme von Pflichten verbinden. Insofern ermöglichen und produzieren Gemeingüter auch soziale Kohäsion und schaffen dadurch Gemeinwesen. Die Qualität der Beziehung zwischen den Mitgliedern der nutzenden Gemeinschaften und zwischen diesen und den Lebensressourcen ist Schlüssel zur Entwicklung eines nachhaltigen Lebensmodells.

Die Verfügung über und Bewirtschaftung von Gemeinressourcen ist ein historisch und aktuell hart umkämpftes Terrain. Der gesellschaftliche Enteignungsprozess wird mit dem Argument effektiverer Nutzung und Produktivität durch marktförmige Bewirtschaftung gerechtfertigt. Gemeingüter sind immer produktiv. Die Frage ist jedoch, zu wessen Gunsten. Die Abhängigkeit der Menschen vom Zugang zu diesen Ressourcen garantiert Investoren hohe, langfristige und sichere Renditen. Gemeingüter müssen dafür allerdings der Allgemeinheit enteignet und zu veräußerbarem Privateigentum gemacht werden. Die Versuche, freie Ressourcen der Verwertung im Markt zu unterwerfen, werden immer massiver. Die Patentierung von Lebewesen ist neben der Privatisierung von Wasser und der Aneignung von Boden derzeit weltweit die am heftigsten umkämpften Enteignungen von Gemeingütern, denn es handelt sich um Überlebensgüter (life goods).

Die aktuelle Wiederentdeckung der Commons ist eine Kampfansage gegen den Privatisierungswahn und die bizarren Formen der Plünderung und Enteignung von Menschen und Gemeinwesen (Helfrich, 2012). Es ist ein Plädoyer für Überlegungen über eine nachhaltige Wirtschaftsordnung, in deren Zentrum die Lebensqualität des Gemeinwesens, die Evolutionsfähigkeit der Natur und der Zugang zu den Voraussetzungen eines gelingenden Lebens von Menschen stehen. Gemeingüter basieren auf öffentlichen oder gemeinschaftsbasierten Formen des Nutzungseigentums, welche nicht ausschließen, sondern den Zugang und nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten sichern. Das Recht auf Zugang zu den grundlegenden Gemeingütern folgt der Prämisse

sozialer Gleichheit und die Teilhabe am Erbe der Natur sowie der sozialkulturellen Evolution ist ein grundlegendes Menschenrecht. Der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm (gest. 2012) stellt dieses Recht in den Kontext der ökosozialen Krise, deren Risiken prinzipiell alle Menschen betreffen. Der marktunabhängige Zugang zu Ressourcen werde unumgänglich sein, um der drohenden Krise die Spitze zu nehmen (Hobsbawm, 2001).

Die Privatisierung von Gemeineigentum wird mit der Gefahr des Raubbaus und der mangelnden Sorge der Nutzenden begründet. Ein Beispiel ist die Übernutzung gemeinschaftlichen Weidelandes. In diesem Zusammenhang wird von der „Tragik der Commons" gesprochen (Hardin, 1968, S. 1243–1248). Die Übernutzung endlicher Ressourcen ist tatsächlich eine Gefahr, sofern die Nutzung keinen Regeln unterliegt. Doch die Prämisse, Menschen würden nur ihren individuellen und kurzfristigen Nutzenüberlegungen folgen und deshalb Raubbau an Gemeingütern betreiben, entspricht der fehlerhaften Denkfigur des „homo oeconomicus", die den sozialen Kontext ökonomischen Handelns, die Regeln des Zusammenlebens im Gemeinwesen und die vielfältigen Motive wirtschaftlicher Akteure negiert.

Elinor Ostrom weist als Antwort auf diese Argumentationen auf die Notwendigkeit eines Gemeineigentumsregimes hin (Ostrom, 2009, S. 218–229). Dies bedeutet, dass die nachhaltige Nutzung der Commons wirksame institutionelle Arrangements erfordert, die der Einbindung in die Community Rechnung tragen. Die erfolgreiche Organisation von Gemeingütern beruht nach den langjährigen und weltweiten Untersuchungen Ostroms auf acht Design-Prinzipien. Dazu gehören eindeutige und akzeptierte Grenzen zwischen legitim Nutzenden und Nichtnutzern, Sanktionen bei Verstößen gegen vereinbarte Regeln, ein präzises Monitoring der Ressourcen und der Nutzer, lokale Arenen für schnelle Konfliktlösungen und ein Mindestmaß an Rechten der Gemeinschaft, sich eigene Regeln zu geben (Stollorz, 2011, S. 65). Ostrom weist nach, dass nicht nur private oder öffentliche Eigentumsformen, sondern eine Vielzahl von regelbasierten Mechanismen existieren, die eine effektive und nachhaltige Verwaltung der Gemeingüter gewährleisten. Bürgerinnen und Bürger seien die zentralen Akteure der polyzentrischen Verwaltung natürlicher Ressourcen. Es bedürfe der Schaffung von Institutionen, die Reziprozität, Vertrauen und Verantwortungsübernahme im Kontext

des bürgerschaftlichen Engagements für gemeinsame Belange erleichtern, da das Verhältnis der Nutzenden zu den Ressourcen wesentlich für eine verantwortliche und gerechte Verwaltung der Gemeingüter sei.
Der Gemeingüterbegriff verweist also auf eine Mit-Besitzerbeziehung, die zugleich eine Mit-Verantwortungsbeziehung und Mit-Nutzerbeziehung ist (Helfrich, 2009, S. 252). Diese Überlegung zu verantwortlichen Nutzergemeinschaften legt für die Verwaltung endlicher Naturressourcen, insbesondere Wasser und Boden, ebenso wie für die Organisation von Kultur, Bildung, Freizeit, Gesundheit und Sozialem, genossenschaftliche Formen nahe, in denen Bürgerinnen und Bürger gestaltend mitwirken. Ein demokratisches Modell der Verwaltung von Gemeingütern sind kooperative Stakeholderformen, die aus verschiedenen Nutzergruppen eines Gemeinwesens zusammengesetzt sind. Menschen, die im Dilemma der drohenden Übernutzung gemeinschaftlicher Ressourcen stecken, brauchen insbesondere Arenen kollektiven Lernens, in denen sie miteinander Lösungen für die Organisation gemeinsamer Belange aushandeln und erproben können.
Gemeingüter können Basis und Ergebnis einer solidarischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden. Die Wiederaneignung der Gemeingüter ist mit der Kultur und Praxis der Gemeinwesenökonomie zu verbinden und als materielle und kulturelle Grundlage eines zukunftsfähigen Gemeinwesens zu gestalten. Diese Perspektive stellt Community Development und Community Organizing in einen zukunftsorientierten Bezugsrahmen.

8. Erschließung und Entfaltung von Ansätzen neue Subsistenz

In enger Verbindung mit der Frage der Wiederaneignung und Bewirtschaftung der Commons steht die facettenreiche Bewegung zur Entwicklung von Ansätzen neuer Subsistenz. Im weiteren Sinne lassen sich darunter alle neuen Formen des freien Engagements zur eigenen und gemeinsamen Lebenssicherung und generell Formen marktunabhängiger sozialer Produktivität verstehen. Dazu gehören z.B. handwerkliche und künstlerische Eigenarbeit, familiäre und überfamiliäre Sorgearbeit, neue Solidarsysteme auf

Gegenseitigkeit und urbane Landwirtschaft als derzeit stärkste Bewegung. Ansätze neuer Subsistenz verbreiten sich derzeit weltweit. Selbsterntegärten und Bauerngärten boomen, die Bewegung der Interkulturellen Gärten wächst weiter, Nachbarschaftsgärten, Kiezgärten und Gemeinschaftsdachgärten entstehen und vernetzen sich untereinander (Urban Agriculture). Urbane Landwirtschaft ist Symbol und realer Beitrag der Gestaltung der Postwachstumsgesellschaft, die einerseits eine stärkere Unabhängigkeit von Markt und Staat anstrebt, andererseits auf Grundlagen der eigenständigeren Lebenssicherung angewiesen ist.

Die Münchener Sozialwissenschaftlerin Christa Müllerkonzipiert, fördert und dokumentiert seit vielen Jahren Ansätze der Eigenarbeit und der neuen Subsistenz, insbesondere die Bewegung der urbanen Landwirtschaft. Was sich in den letzten Jahren mitten in unseren Städten ereignet, ist, so Müller, aufsehenerregend. In Berlin bauen junge Großstadtmenschen Seite an Seite mit türkischen Alteingesessenen am Kreuzberger Moritzplatz Gemüse in Bäckerkisten und ausgedienten Reissäcken an. Die ersten Berliner Parks werden von Anwohnerinnen und Anwohnern übernommen und in Eigenregie betrieben, Gemüsebeete inklusive. Der Berliner Senat sah sich nicht mehr in der Lage, die zahlreichen Parks und öffentlichen Gärten zu pflegen. Die Übertragung an die Bürgerinnen und Bürger war eine kluge Lösung, die jedoch auch von wachsender öffentlicher Armut zeugt und bereits Teil neuer Bewältigungsstrategien privater Armut ist. Dies gilt nicht nur für Berlin. Während neue Gemeinschaftsgärten seit Ende der 1990er Jahre insbesondere der Förderung der interkulturellen und intergenerativen Koexistenz in der Stadt dienten oder auch therapeutische und sozialkulturelle Ziele verfolgten, rückt zunehmend der Beitrag zur Existenzsicherung einer wachsenden Armutsbevölkerung in das Zentrum der Gartenbewegung.

Eine Romantisierung ist also unangebracht. Doch die vielfältigen Möglichkeiten gemeinsamer Alltagsbewältigung oder der Aneignung produktiver Räume ist ein zentraler Aspekt ökosozialer Entwicklung und unter sozial- und umweltpolitischer Sicht ein großes Potenzial, welches in Verbindung mit einer bedingungslosen Grundsicherung zu denken wäre. Interessant erscheint mir, dass diese Bewegung der sozialproduktiven Eigenarbeit kulturelle, soziale

und generative Grenzen überschreitet und auch deshalb Gemeinwesen neu entstehen lässt.

9. Neue Solidarsysteme für die veränderte Demographie

Die aktive Gestaltung einer alternden Gesellschaft kann Schritte in die Postwachstumsgesellschaft eröffnen. Wenn es einen wirksamen Ansatz zur Beförderung des Paradigmenwandels gibt, so ist es sozialproduktives Tätigsein im Sinne dessen, was André Gorz als Konsequenz des Abschieds von der Einseitigkeit der Erwerbsarbeitsgesellschaft konzipiert hat: die multiaktive Tätigkeitsgesellschaft (Gorz, 2000, S. 15). Alter bedeutet nicht nur Hinfälligkeit, Pflegebedürftigkeit und soziale Last. Es bedeutet auch Wissen, Handlungsbereitschaft, Erfahrung und eine relative Zeitsouveränität. Die heute älteren Menschen sind in ihrem Funktionsstatus, ihren Fähigkeiten und ihrer sozialen Engagementsbereitschaft nicht zu vergleichen mit jenen, die noch vor wenigen Jahrzehnten in diesem Lebensabschnitt standen (Dietzel-Papakyriakou et al., 2007, S. 49–70). Sie sind nicht zu reduzieren auf ihren Bedarf an Sorge und Pflege, sondern sie sind wahrzunehmen als Menschen auf der Suche nach sozialproduktiven Handlungsoptionen.

Es geht bei der Bewältigung der veränderten demografischen Lage nicht nur um die Frage der Finanzierung von Renten und Pflegekosten, sondern um einen tief greifenden Paradigmenwandel in Bezug auf nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche. Ins Zentrum rückt die Frage, was Menschen für ihr Leben und das Zusammenleben im Gemeinwesen wirklich brauchen, Fragen der nahräumlichen Versorgung, der sozialkulturellen Einbindung, der Möglichkeiten von Teilhabe und sozialproduktiver Tätigkeit, der guten Nachbarschaft und des Verbleibs in der vertrauten Wohnumgebung, kurz Fragen der Lebensqualität. Die ökologische Gerontologie zeigt, dass die Qualität von Nachbarschaft, Wohnbereich und Nahraum für ältere Menschen an Bedeutung gewinnen und ihre sozialen Funktionen verändern (Beetz, 2007, S. 247).

Die berechtigte Angst vor Armut, Einsamkeit und Fremdbestimmung im Alter einerseits, und die Engagementbereitschaft und Experimentierfreude von älteren Menschen andererseits, stehen hinter den Gründungen von Senio-

rengenossenschaften aber auch anderer kooperativer und experimenteller Formen des Lebens und Wohnens in der alternden Gesellschaft. Sie sind in die Lebenswelten eingebunden und basieren auf Reziprozität (Elsen, 2003, S. 57–79). Das genossenschaftliche Identitätsprinzip und das Demokratieprinzip gewährleisten Selbstkontrolle, Selbstorganisation und Selbstbestimmung in Fragen, die tief in das persönliche Leben der Betroffenen reichen. Kern der Seniorengenossenschaft bilden generationsübergreifende Zeitbanken (Lietaer, 2002, S. 326). Zeit hat dabei die gleichen Funktionen wie Geld: sie ist Tauschmedium, Recheneinheit und Mittel der Wertaufbewahrung. Gegenüber dem gesetzlichen Zahlungsmittel hat sie jedoch einige Vorteile: Sie ist wertstabiler, denn Zeit gewinnt oder verliert nichts über eine längere Phase. Zins und Inflation können einem Zeitguthaben nicht schaden oder zusätzlich nutzen.

Alle Menschen verfügen über Zeit, auch und besonders diejenigen, die wenig Geld haben und ihr Arbeitsvermögen im monetarisierten Markt nicht einbringen können. Durch Zeit können auch Arbeiten für private und öffentliche Auftraggeber im Gemeinwesen erschlossen werden, für die kein Geld vorhanden ist. Nicht zuletzt fördern die Möglichkeiten der Zeitwährungen die Bildung und Nutzung von Human- und Sozialkapital. Sie beruhen auf Reziprozität und dem Vertrauen in Fähigkeiten, die jeder Mensch besitzt, die er selber weiterentwickelt und die andere nutzen können (Elsen, 2007, S. 248 ff). Gerade im Bereich von häuslichen und personenbezogenen Dienstleistungen, sind Seniorengenossenschaften auf der Basis von Zeitbanken interessant. Sie stellen eine Alternative zu den Angeboten der „Pflegewirtschaft“ dar und implizieren eine Kritik an „sozialtechnokratischer Professionalisierung“, die Laienkompetenzen diskreditiert (Offe & Heinze, 1999).

Ein gelungenes Beispiel: Die Seniorengenossenschaft Riedlingen wurde im Mai 1991 gegründet. BürgerInnen unterstützen hilfebedürftige alte Menschen zuverlässig und erheblich preiswerter als professionelle Anbieter der Pflegewirtschaft. Die aktiven Mitglieder selber haben dadurch zahlreiche Vorteile. Sie arbeiten für die gemeinsame Idee: Altern in Würde und im vertrauten sozialen Umfeld. Sie liefern Essen aus, bereiten das Frühstück zu, bringen Hilfebedürftige zum Arzt oder in die Tagespflege. Die Genossenschaft

vermittelt barrierefreie Wohnungen und bietet dort einen professionellen Pflegedienst an. Bei der Gründung waren es 20 Personen, die sich als aktive Helferinnen und Helfer betätigten. Heute hat die Genossenschaft 654 Mitglieder und 113 aktive Helferinnen und Helfer. Die Mitwirkenden haben die Wahl unterschiedlicher Honorierungsmöglichkeiten: Sie erhalten entweder einen Stundenlohn in Geld oder sie lassen sich die geleistete Zeit auf ihr Stundenkonto gutschreiben.

Dieses Modell passt für eine kleine Gemeinde wie Riedlingen, mit ihren 10.000 EinwohnerInnen (Friemel, 2010, S. 123–127). Die Elemente: Nahraumversorgung, Bürgerschaftliches Engagement, monetäre Entlohnung und Zeitwährung in Kombination mit professionellen Diensten und baulich-räumlichen Anpassungen sind jedoch auch in urbanen Strukturen als Lösungsansätze kombinierbar. Die Bewältigung der Herausforderungen einer alternden Gesellschaft kann, wie eine Frischzellenkur zugunsten innovativer gesellschaftlicher Entwicklung wirken.

Ein weiteres Beispiel: Bevor Mario Tommasini, ehemaliger Sozialdezernent von Parma in einem Bergdorf der Emilia Romagna ein utopisch anmutendes Projekt zur Ansiedlung alter Menschen begann, lebten dort noch dreißig BewohnerInnen, überwiegend alte. Weil es Arbeit nur in der Landwirtschaft gab schrumpfte Tiedoli bereits seit den 1930er Jahren. Das Dorf verfiel und viele Häuser standen Ende der 1990er Jahre leer (Deutsch, 2006). Tommasinis Engagement galt immer der Bekämpfung sozialer Ausgrenzung. So wie er sich erfolgreich für die Schließung der psychiatrischen Anstalten einsetzte, machte er sich für die Schließung von Altenheimen und die Entwicklung von lebenswerten Alternativen stark. Die Wahl des Ortes Tiedoli bot äußerst schwierige Voraussetzungen – sowohl baulich-räumlich als auch bezogen auf die verbliebene Restbevölkerung. Diese Wahl vollzog Tommasini bewusst, um zu zeigen, dass auch unter schwierigen Bedingungen lebenswerte, intergenerative Lösungen möglich sind, wenn man dies will. Kooperativen haben in der Emilia Romagna eine lange Tradition und die oben beschriebenen fördernden Strukturen. Die leer stehenden Häuser wurden mit Unterstützung der Sparkassenstiftung altengerecht saniert. Die Sozialgenossenschaft „Aurora“ mit über zwölfhundert haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, leistet die Betreuungsarbeit. Auch das Ziel,

jüngere Menschen zur Rückkehr nach Tiedoli zu bewegen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, konnte erreicht werden. Das Dorf ist heute Reiseziel vieler Menschen aus Europa, die eine Alternative zur Aussonderung in Altenheimen suchen. Was können wir daraus lernen? Ein Dorf, in dem alte Menschen neue Arbeits- und Lebensformen entwickeln, ist auch interessant für Junge. Es kann zum Impulsgeber gesellschaftlicher Experimente und Innovationen in allen Bereichen werden. Es braucht dafür Visionäre und Menschen, die ihre Visionen teilen, und politisch-administrative Strukturen, die solche Ansätze ermöglichen und aktiv fördern.

10. Gemeinwohlökonomie als ökosoziale Einbettung von Unternehmen

Die Gemeinsamkeit der in diesem Beitrag diskutierten Ansätze ökosozialer Transformation besteht in der Rückbettung ökonomischer Handlungsvollzüge in den gesellschaftlichen Zusammenhang. Ausgehend von Polanyis Analyse des Prozesses der gesellschaftlichen Entbettung des Wirtschaftssystems (Polanyi, 1995) als Kennzeichen der kapitalistischen Modernisierung, ist die systematische und schrittweise Umkehrung in Form der bewussten Rückbettung eine wirksame Strategie.

Der österreichische Sozialwissenschaftler Christian Felber hat das Konzept der „Gemeinwohlökonomie“ entwickelt und in den vergangenen Jahren zahlreiche Unternehmen in einen Prozess der Neudefinition und Neugestaltung des Wirtschaftens im gesellschaftlichen Kontext einbeziehen können (Felber, 2012). Felbers Konzept ermöglicht praktische und überprüfbare Schritte hin zu einer ökologisch und sozial verantwortlichen Wirtschaftsweise. Die beteiligten Unternehmen, die lokal-regional zusammenarbeiten und überregional vernetzt sind, bilden nach nur kurzer Zeit eine soziale Bewegung und einen intensiven Lern- und Transformationskontext in verschiedenen Bereichen:

- Im wirtschaftlichen Bereich entwickeln sie konkrete Alternativen nach klaren Kriterien sozialer und ökologischer Verantwortung. Diese sind anwendbar auf Unternehmen verschiedener Größen und Rechtsformen.

- Auf politischer Ebene strebt die Bewegung steuer- und förderrechtliche Veränderungen sowie sozialpolitische Ziele an,
- Auf gesellschaftlicher Ebene ist die Bewegung eine Initiative für Bewusstseinsbildung, kollektives Lernen und Systemwandel durch achtsames Handeln möglichst vieler Menschen und Organisationen.

Die Gemeinwohlbilanz ist das „Herzstück" der Gemeinwohl-Ökonomie. Unternehmenserfolge werden nicht am finanziellen Profit alleine gemessen, sondern an Indikatoren, die den Beitrag des Unternehmens zum allgemeinen Wohl messen, denn der Bilanzgewinn alleine sagt nichts über die eigentlichen Ziele des Wirtschaftens aus: Schaffung von Nutzwerten, Bedürfnisbefriedigung, Teilhabe aller, Verteilungsgerechtigkeit, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit usw. Die zugrunde liegende Gemeinwohl-Matrix integriert mehrheitsfähige Grundwerte – Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung und bezieht diese auf die konkrete Firmenpraxis. Berücksichtigt werden dabei alle Anspruchsberechtigten des Unternehmens, also Rohstoffproduzenten, Beschäftigte, Zulieferer, Kunden, Geldgeber, Gemeinwesen, zukünftige Generationen und Natur. Die an den Schnittstellen formulierten Gemeinwohlkriterien sind messbar und mit Punkten versehen.
Die Gemeinwohlbilanz dient in erster Linie dem Unternehmen selbst. Gleichzeitig soll sie Standortbestimmung und Ausgangspunkt eines nachhaltigen, organisationalen und gemeinschaftlichen Lernprozesses sein. Die Arbeit an der Gemeinwohlbilanz wird als unternehmensinterner und peergruppenorientierter Prozess gestaltet. Die Zuteilung der Gemeinwohlpunkte muss mit Fakten unterlegt sein. Dieser Prozess des gemeinsamen Aushandelns und Lernens sowie der regionalen und überregionalen Vernetzung auch auf dieser Ebene bietet eine gute Basis des Umdenkens und Umsteuerns als Kern ökosozialer Transformation.[7] Gemeinwohl orientiertes Wirtschaften, so die Pioniere, soll öffentlich anerkannt sowie finanziell und strukturell unterstützt

7 Die derzeit stärkste Gruppe der Gemeinwohlunternehmer ist die Gruppe in Südtirol, die von TERRA-Institute Brixen begleitet wird. Die Autorin als wissenschaftliche Begleiterin konnte den Entwicklungsprozess verfolgen.

werden. Dies bedeutet eine politische Weichenänderung in der Subventions- und Fiskalpolitik als zentrale Poltikbereiche einer Nachhaltigkeitspolitik. Gemeinwohlökonomie verbindet wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele innerhalb des Wirtschaftssystems. Würde sie zum Maßstab wirtschaftspolitischer Entscheidungen und Förderstrukturen, könnte sie maßgeblich zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitspolitik beitragen. Sie ist nicht vergleichbar mit dem, was unter „Corporate Social Responsibility" (CSR) verstanden wird (Elsen, 2007a, S. 36 ff) und eine Rückkehr der Almosenkultur repräsentiert.
Aus sozialpolitischer Perspektive ist diese Bewegung und der generelle Zugang einer Rückbettung gesellschaftlicher Belange in Unternehmenspraxis sowie einer Demokratisierung des wirtschaftlichen Bereiches bemerkenswert, denn eine der fatalsten Entwicklungen der kapitalistischen Moderne ist die Trennung sozialer und politischer Belange aus dem ökonomischen Kontext, verbunden mit einer rein flankierenden Sozialpolitik, die die, welche aus dem ökonomischen System ausgesondert oder erst gar nicht zugelassen werden, fürsorgerisch und meist repressiv behandelt.

11. Abschließende Überlegungen

Wenn Ressourcen knapper werden, wird ihre erhaltende Nutzung und ihre gerechte Verteilung zu einer zentralen sozial-, umwelt- aber auch wirtschaftspolitischen Fragestellung auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Suffizienz, genug für alle und Effizienz, die bestmögliche erhaltende Nutzung knapper Ressourcen, sind Maßstäbe, an denen gesellschaftliche Praktiken und soziale Institutionen zu messen sind. Dies bezieht sich auch auf Sozialpolitik und die Arbeit am Sozialen. Verteilungsgerechtigkeit gewinnt unter den Bedingungen der Wachstumswende an Bedeutung. Das Versprechen, nach erreichtem Wachstum auch soziale und ökologische Ziele verfolgen zu können, hat keine Basis mehr. Genug für alle in Form eines gerechten Anteils am gesellschaftlichen Reichtum mit dem Ziel, gleichberechtigter Teilhabe, ist der sozialpolitische Maßstab. „Zugleich darf niemand so viel mehr als andere haben, dass er die gleichberechtigte Einflussnahme für alle anderen außer

Kraft setzen könnte." (Möhring-Hesse, 2010, S. 124). Die Integration sozialpolitischer, allgemein gesellschaftspolitischer, wirtschafts- und umweltpolitischer Zielsetzungen in Organisationsstrukturen und Lösungsansätze könnte zu einem Kern der Neudefinition des gesellschaftspolitischen Rahmens und zur Generierung sozialproduktiver Praktiken und Institutionen vor dem Hintergrund der Wachstumswende werden. Es geht um die Sicherung des Ressourcenzugangs und der Handlungsoptionen insbesondere für Benachteiligte, um Organisationsformen und Regeln der Gestaltung von Lebensprozessen und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Lebensgrundlagen durch die betroffenen Menschen selber, um eine Reduktion der Versorgungsabhängigkeit vom Markt und um neue soziale Arrangements, in denen zivile Selbstorganisation möglich wird, und um wirksame politische Steuerung. Der zivilgesellschaftliche Aufbruch in Wirtschaft und Gesellschaft und die Wiederentdeckung der „Commons" sind ein Entwicklungspotenzial, welches eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure und alle Weltregionen im Interesse lebensdienlicher Lösungsansätze verbindet. Die sozialpolitische Kraft der ökosozialen Transformation beruht auf der Verteidigung lebensnotwendiger Ressourcen und Handlungsoptionen im Konflikt mit dominanten Gegnern.[8] Diese konfliktbasierte Konstellation des sozialen Wandels kennt Soziale Arbeit aus den Ansätzen des Community Organizing[9] und des Empowerment, Ansätzen der professionellen Arbeit am Sozialen im Sinne geplanten sozialen Wandels.[10] Sozialpolitik und Soziale Arbeit könnten einen wesentlichen Beitrag zur ökosozialen Entwicklung durch die Förderung solidarökonomischer Selbstorganisation und die Erschließung von Handlungsoptionen im Gemeinwesen leisten.

8 Eine besondere Organisationskraft hat die weltweite Bewegung gegen die Enteignung durch Patentrechte auf Leben

9 In der Tradition von Saul Alinsky.

10 Als „Planned Change" werden die Ansätze der professionellen Sozialen Arbeit bezeichnet, die auf die Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisation sowie auf eine Veränderung der Ressourcenverteilung zugunsten Benachteiligter zielen.

Literaturverzeichnis

Beetz, S. (2007). Wohnungsgenossenschaften und Nachbarschaften. *Informationen zur Raumentwicklung, 4*, S. 241–249.

Campbell, K. et al. (2007). *The Age of Consequences.* Washington: Center for Strategic & International Studies.

Cillis, L. (2012, 1. Dezember). Mai cosi tanti disoccupati, quasi 3 millioni. *La Repubblica,* S. 15.

Daly, H. E. (1999). *Wirtschaft jenseits von Wachstum*. Salzburg: Pustet Verlag.

Deutsch, D. (2006). *Schöne Aussichten fürs Alter*. München: Piper.

DGRV (Hrsg.). (2005). *Die Prüfung der Geschäftsführung von Genossenschaften* (DGRV-Schriftenreihe, Bd. 10, 3. vollst. überarb. Aufl.). Wiesbaden: Dt. Genossenschafts-Verl.

Dietzel, P., Gohde, M., Kruse, J.& Lehr, U. (2007). *Alter und sozialer Wandel.* In Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Alter neu denken* (S. 49–70). Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.

Dobkowski, M. & Wallimann, I. (Hrsg.). (2002). *On the Edge of Scarcity.* Syracuse: Syracuse University Press.

Dobkowski, M. & Wallimann, I. (Hrsg.). (2004). *Das Zeitalter der Knappheit*. Bern: Haupt.

Centrostudi Legacoop: Legacoop in cifre pre-consuntivi 2003 e stime 2004. Zugriff am 15.07.2008 über www.legacoop.it

Elsen, S. (1998). *Gemeinwesenökonomie – Eine Antwort auf Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung? Soziale Arbeit, Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung.* Neuwied: Luchterhand.

Elsen, S. (2007). *Die Ökonomie des Gemeinwesens*. Weinheim, München: Juventa.

Elsen, S. (2003). Lässt sich Gemeinwesenökonomie durch Genossenschaften aktivieren? In B. Flieger (Hrsg.), *Sozialgenossenschaften. Wege zu mehrBeschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft* (S. 57–79). Neu-Ulm: AG SPAK.

Elsen, S. (Hrsg.). (2011). *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens. Perspektiven und Ansätze von unten*. Neu-Ulm: AG SPAK.

Felber, C.(2012). *Die Gemeinwohl-Ökonomie.* Berlin: Deuticke.

Friemel, K. (2010, April). Geben und Nehmen. *brand eins,* S. 123–127.

Gorz, A. (2000). *Arbeit zwischen Misere und Utopie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hardin, G. (1968, 13. Dezember). The Tragedy of the Commons. *Science, 162,* S. 1243–1248.

Helfrich, S. (Hrsg.). (2009). *Wem gehört die Welt?* (2. Ed.). Fankfurt am Main: Oekom.

Helfrich, S. & Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). (2012). *Commons.* Bielefeld: Transcript.

Henning, U. (2010, Juli). Wohlstand durch Teilen? *Humane Wirtschaft, 4,* S. 42–45.

Herzberg, C. (2009). *Von der Bürger- zur Solidarkommune.* Hamburg: VSA Verlag.

Hobsbawm, E. (2001, 27. März). Freiheit, Gleichheit, Müdigkeit. *Süddeutsche Zeitung*.

Istituto Italiano degli Studi Cooperativi »Luigi Luzzatti« (1992). Legge 8 novembre 1991, n. 381 – Disciplina delle cooperative sociali, Roma, S. 18 f.

Latouche, S. (2003, 14. November). Circulus virtuosus. *Le monde diplomatique,* S. 3.

Leggewie, C. & Welzer, H. (2009). *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten*. (3. Aufl.). Frankfurt am Main: S. Fischer.

Leone, U. (2012, 13. Januar). Torniamo a lavorare la terra. *La Repubblica*, S. 1.

Lietaer, B. (2002). *Das Geld der Zukunft*. München: Riemann.

Müller, C. (Hrsg.). (2011). *Urban Gardening*. München: Oekom.

Müller, C., Baier, A. & Werner, K. (2007). *Wovon Menschen leben*. München: Oekom.

Münkner, H.-H. (2009). „Bilan Sociétal" – ein neuer Ansatz zur Messung des Erfolgs von Genossenschaften in Frankreich. In *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen*, *59*(4), S. 271–284.

Möhring-Hesse, M. (2010). Warum die Verteilung Gerechtigkeit, nicht Wachstum braucht. In I. Seidl & A. Zahrnt. (Hrsg.), *Postwachstumsgesellschaft* (S. 117–128). Marburg: Metropolis.

Nussbaum, M. (1999). *Gerechtigkeit und das gute Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Offe, C. & Heinze, R. (1990). *Organisierte Eigenarbeit*. Frankfurt am Main: Campus.

Ostrom, E.(2009). Gemeingütermanagement – eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In S. Helfrich & J. Haas (Hrsg.), *Wem gehört die Welt?* (2. Ed.) (S. 218-228). Bielefeld: Transcript.

Pankoke, E.(2000). Freie Assoziationen. In A. Zimmer & S. Nährlich (Hrsg.), *Engagierte Bürgerschaft* (S 189–212). Opladen: Verlag Leske und Budrich.

Plöger, P.(2011). *Einfach ein gutes Leben*. München: Hanser.

Polanyi, K. (1995). *The great Transformation* (3. Ed). Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Raimbeau, C. (2007, 14. Dezember). Die Roten schreiben schwarze Zahlen. *Le monde diplomatique*, S. 4–5.

Ruh, H. (2011). *Ordnung von unten*. Zürich: Versus.

Schwendter, R. (Hrsg.). (1986). *Die Mühen der Berge*. Neu-Ulm: AG SPAK.

Seidl, I. & Zahrnt, A. (Hrsg.). (2010). *Postwachstumsgesellschaft*. Marburg: Metropolis.

Stiglitz, J. Sen, A. & Fitoussi, J.-P. (2009). *The Measurment of Economic Performance and Social Progress*. Zugriff am 30.06.2011 über www.stiglitz-sen-fitoussi.fr

Stollorz, V. (2011). Das zarte Pflänzchen der Allmende.*polis*, *18*(1), S. 62–69.

Urban Agriculture Basel. Zugriff am 10.11.2012 über www.urbanagriculture.ch

Die Weltbank (Hrsg.). (2006). *Weltentwicklungsbericht 2006 – Chancengerechtigkeit und Entwicklung*. Düsseldorf: Droste.

Wobbe, T.(2000). *Weltgesellschaft*. Bielefeld: Transcript.

Wright, E. O. (2010). *Envisioning Real Utopias*. London: Verso.

Zahrnt, A. (2003). Nachhaltigkeit als Wegweiser für zukunftsfähiges Wirtschaften. In G. Linne & M. Schwarz (Hrsg.), *Handbuch Nachhaltige Entwicklung* (S. 39–45). Opladen: Leske & Budrich.